
Stichwort: Arbeitslosigkeit

„Es geht um die Disziplinierung der Arbeitnehmer“
Gespräch mit Alois Süß

Unser diesmaliger Gesprächspartner, Alois Süß, ist nicht arbeitslos und lebt und arbeitet in einer Region mit relativ geringer Arbeitslosigkeit. Wenn wir ihn dennoch unter dem Stichwort Arbeitslosigkeit befragt haben, so deshalb, um zu erfahren, wie Arbeitslosigkeit auf diejenigen wirkt, die (noch) über relativ gesicherte Arbeitsplätze verfügen. Alois Süß ist Betriebsratsvorsitzender bei der Firma Standard-Elektrik-Lorenz (SEL) in Stuttgart. Das Gespräch mit ihm fand am 9. November 1983 in Stuttgart statt. D. Red.

Frage: Würdest Du uns bitte etwas zu Deiner Person, zu Deiner Ausbildung, zu Deiner gegenwärtigen beruflichen Situation sagen?

Antwort: Ich bin 43 Jahre alt, von Beruf bin ich Fernmeldemonteur. Ich war 12 Jahre lang als Monteur tätig und bin inzwischen 24 Jahre bei SEL (Standard Elektrik Lorenz) beschäftigt. Ich war zunächst Vertrauensmann, 1968 wurde ich ehrenamtlicher Betriebsrat, 1972 freigestelltes Betriebsratsmitglied. Seit 1975 bin ich Vorsitzender des Betriebsrates, Mitglied des Gesamtbetriebsrats, Mitglied im Aufsichtsrat als Arbeitnehmervertreter. Außerdem bin ich Mitglied der Ortsverwaltung der IG Metall in Stuttgart und ehrenamtliches Mitglied der Bezirksleitung. Das sind meine Funktionen im gewerkschaftlichen Bereich. Daneben bin ich noch als Gemeinderat für die SPD in meiner kleinen Heimatgemeinde tätig. Meine Erfahrungen, die ich in dieser Funktion gesammelt habe, sind sehr positiv: Nach meinem Dafürhalten sind Arbeitnehmer jederzeit in der Lage, in Gemeinderäten mitzuwirken, wichtige Impulse zu geben und Entwicklungen zu beeinflussen.

Die Reihe, in der auch dieses Gespräch erscheinen soll, heißt „Stichwort: Arbeitslosigkeit“. Nun bist Du weder arbeitslos, noch sind wir hier in einer Gegend, die besonders stark von Arbeitslosigkeit betroffen ist. Das muß erklärt werden. Es ist diesmal beabsichtigt herauszufinden, wie sich Arbeitslosigkeit dort auswirkt, wo sie - um es einmal so auszudrücken - fast unbekannt ist, wo sie zumindest weniger verbreitet ist als anderswo. Sind denn hier die Unternehmer besser als anderswo? Oder sind die Arbeiter besser, oder sind die Gewerkschaften besser? Wo siehst Du Erklärungsansätze?

Daß es hier prozentual weniger Arbeitslose gibt als in anderen Gegenden der Bundesrepublik, hat sicherlich etwas mit der Struktur der Unternehmen zu tun. Ich denke zum Beispiel an die Automobilindustrie. Aber es ist ja keineswegs so, daß Arbeitslosigkeit hier ganz unbekannt ist. Gerade bei SEL hat es in den letzten Jahren eine ganze Menge von Werksschließungen gegeben. Der Betriebsrat, dem ich angehöre, ist nicht nur zuständig für das Werk Stuttgart, er betreut auch ca. 2000 Monteure, die über das ganze Bundesgebiet verstreut sind. Sie arbeiten auf etwa 450 bis 500 Baustellen. Diese Kollegen, besonders die, die in den von Arbeitslosigkeit stark betroffenen Regionen leben und arbeiten, spüren natürlich sehr wohl die Folgen von Arbeitslosigkeit. Und wenn sich ein Kollege, der aus dem Saarland stammt und dort seine Familie hat, hier bei uns als Pförtner bewirbt, dann merkt man schon, welche Folgen Arbeitslosigkeit haben kann. Der Kollege bewirbt sich in Stuttgart, weil er im Saarland keine Arbeit finden kann. Ein anderes Beispiel: In unserer unmittelbaren Nachbarschaft liegt die Firma Kreidler. Dort haben viele Kollegen, auch solche, die man persönlich kannte, ihren Arbeitsplatz verloren. Wir haben uns als Betriebsrat bemüht, sie bei der Arbeitssuche zu unterstützen. Insbesondere die Ortsverwaltung der IG Metall hat mitgeholfen. Wir haben als Betriebsräte geholfen, um sicherzustellen, daß Auszubildende ihre Ausbildung fortsetzen konnten. Aber es gibt durchaus noch Kollegen von Kreidler, die bisher keine neue Arbeit gefunden haben.

Kannst Du uns den Prozentsatz an Arbeitslosigkeit hier in der Region annähernd beziffern?

In Baden-Württemberg insgesamt liegt die Arbeitslosigkeit zur Zeit bei etwa 5,7 Prozent.

Im Vergleich zum Ruhrgebiet und zur Küste ist das eine günstige Zahl. Aber sehen wir doch einmal von dem engeren Bereich hier ab. Worauf führst Du denn die Massenarbeitslosigkeit insgesamt zurück?

Für mich ist klar, daß mehr produziert wird als der Markt aufnehmen kann. Die Produktivität ist höher als der Bedarf des Marktes. Rationalisierungsmaßnah-

men sind ein weiterer Grund. Auch hier bei uns ist eindeutig festzustellen, daß Arbeitsplätze wegrationalisiert werden. Technologische Veränderungen, Strukturprobleme kommen hinzu, als Stichworte seien Stahl, Werften und Automobilindustrie genannt. Die Elektroindustrie hat bekanntgegeben, daß sie allein in diesem Jahr 30000 Arbeitsplätze „abbaut“.

Haben denn Unternehmer und Betriebsräte in der Vergangenheit sozusagen auf die falschen Pferde gesetzt? Hätte man beim Stahl und bei den Werften eine andere Strukturpolitik betreiben müssen?

Das, was die Verantwortlichen in der Bundesrepublik als Strukturpolitik bezeichnen, besteht im Abwarten und Nichtstun. Hätte man die Strukturen der Bereiche rechtzeitig angesehen, die jetzt gefährdet sind, und hätte man rechtzeitig gegengesteuert, wäre das, was jetzt geschieht, vermeidbar gewesen.

Und wie ist es heute. Kann das, was jetzt zum Beispiel im Stahl geschieht und was man vor Jahren womöglich hätte voraussehen können, anderen Branchen, etwa der Elektroindustrie, nicht eines Tages ebenso drohen?

Ich bin sicher, daß die Automobilindustrie ähnliche Strukturprobleme bekommen wird. Auch die Elektroindustrie wird nicht verschont bleiben. Ich habe zum Beispiel die Erfahrung gemacht, daß die Aussage, Mikroelektronik schaffe neue Arbeitsplätze, so nicht stimmt. Sie zerstört sogar mehr Arbeitsplätze als sie neue schafft. Das wirkt sich negativ für die Beschäftigten aus. Was die Fertigungsstruktur in der Elektroindustrie angeht, so wird das noch große Probleme für die Arbeitsplatzsicherheit mit sich bringen. Besondere Sorge macht mir die Entwicklung in den Angestelltenbereichen. Dort wird jetzt sehr vieles vorbereitet, zum Beispiel Systeme und Verfahren, die sich in den nächsten Jahren negativ auf dem Arbeitsmarkt auswirken werden.

Müßten sich die Gewerkschaften und die Arbeitnehmervertreter angesichts solcher Entwicklungen denn anders verhalten als ihre Vorgänger etwa im Stahl und bei den Werften?

Man kann unseren „Vorgängern“, insbesondere den Betriebsräten, keine Vorwürfe machen. Eines ist klar: Für die Fehlentscheidungen des Managements, für die Fehlentscheidungen in der Wirtschaft kann man nicht die Arbeitnehmervertreter verantwortlich machen.

Für mich ist die Erkenntnis wichtig, daß das derzeit praktizierte Wirtschaftssystem Arbeitsplätze nicht sichert. Jetzt, wo es darauf ankommt, besteht es seine Bewährungsprobe nicht. Das Vertrauen darauf, daß die freie Entwicklung des Marktes schon alles richten werde, ist eine reine Fehlspekulation. Das

Verketzern staatlicher Aktivitäten, die Ablehnung von Beschäftigungsprogrammen ist ganz eindeutig falsch. Ich glaube, daß der Staat mehr als bisher gezielt eingreifen müßte, damit eine bessere Strukturpolitik möglich wird. Ich glaube, daß insgesamt ein Umdenken eintreten muß. Die gegenwärtige Wirtschaftspolitik, die abwartet und untätig ist, geht eindeutig zu Lasten der Arbeitnehmer. Dafür können nicht die Arbeitnehmervertreter in den Betrieben verantwortlich gemacht werden. Und die Gewerkschaften müssen noch drängender und deutlicher als bisher auf eine andere Wirtschaftspolitik hinarbeiten.

Was Du sagst, deutet auf die Notwendigkeit von mehr Planung hin. Nun sind die uns bekannten Planwirtschaftssysteme nicht besonders effektiv. Wie könnte man denn eine Strukturpolitik, wie Du sie beschrieben hast, in eine wirksame organisatorische Form bringen?

Plan ist für mich kein Schimpfwort. Mit diesem Wort ist allerdings zwei oder drei Jahrzehnte lang politisch Schindluder getrieben worden. Ich bin ebenfalls der Meinung, daß die bisherigen sogenannten Planwirtschaften kein Alternativkonzept zu dem darstellen, was wir haben. Ich glaube aber, daß es Gremien geben müßte, zum Beispiel Strukturräte auf Landes- und Bundesebene sowie Wirtschafts- und Sozialräte, die frühzeitig bestimmte Fehlentwicklungen aufzeigen könnten. Auch wenn sie nur die Möglichkeit hätten, Empfehlungen abzugeben, wäre das schon sehr wichtig. Ich könnte mir vorstellen, daß man auf diese Weise Unternehmern und Politikern Handlungshinweise geben könnte, daß man - um ein Beispiel zu nennen - auf diese Weise verhindern könnte, daß jemand, nur um des kurzfristigen Steuervorteils wegen, mit Hilfe von Steuermitteln einen Betrieb aufmachen kann, der in kürzester Zeit wieder schließen muß. Insgesamt müßte daraus ein Konzept für die gesamte Bundesrepublik entstehen.

Es geht also nicht um bürokratischen Gremien, sondern zum Beispiel darum, den Sachverstand betrieblicher Arbeitnehmervertreter für gezielte Strukturpolitik nutzbar zu machen?

Ich sehe nicht die Notwendigkeit großer Maschinerien. Arbeitnehmer und Gewerkschaften könnten in solche Gremien sehr viel Sachverstand einbringen, denn es steht fest, daß wir im Betrieb gewisse Entwicklungen viel eher bemerken als etwa Politiker. Wir merken oft sehr früh, welche negativen Tendenzen sich abzeichnen. Die richtige Form dafür wären sicherlich Strukturräte. Die IG Metall hat vorgeschlagen und dafür auch schon entsprechende Planungen vorgelegt: Investitionslenkung. Das ist eine richtige Forderung. So wie zur Zeit volkswirtschaftliche Wertschöpfungen fehlgeleitet werden, kann es auf

die Dauer nicht weitergehen. Auf diese Weise wird weder Beschäftigung gesichert, noch werden Arbeitslosenzahlen abgebaut.

Fühlen sich denn die Arbeitnehmer in diesem Betrieb und darüber hinaus in dieser Region vom Problem Arbeitslosigkeit betroffen und wenn ja, wie fühlen sie sich betroffen?

Eine unmittelbare Betroffenheit ist natürlich immer nur für den gegeben, der als einzelner arbeitslos wird. Wer nicht arbeitslos ist, kann nicht direkt betroffen sein. Aber es ist eindeutig, daß es eine sehr viele größere Sensibilität für das Problem Arbeitslosigkeit gibt als noch vor einiger Zeit. Man kann mit den Kollegen über das Thema Arbeitslosigkeit sprechen und diskutieren, ohne daß man dabei auf Widerspruch oder Widerstand stößt. Ich will ein Beispiel erwähnen: Als angekündigt wurde, daß Werke von SEL in Nürnberg und Dortmund geschlossen werden sollten, fand hier in Stuttgart eine Aufsichtsratsitzung statt, zu der Kollegen aus Nürnberg und Dortmund anreisten, um vor dem Werkstor zu demonstrieren. Der Betriebsrat in Stuttgart hat dann eine Betriebsversammlung einberufen, zu der diese Kollegen als Gäste eingeladen wurden. Diese Betriebsversammlung war außerordentlich gut besucht, und in den Gesprächen nach dieser Versammlung hat man gespürt, daß die Sache vielen unter die Haut gegangen ist. Es gibt also in unserer Region schon eine große Betroffenheit. Wenn beispielsweise hier in Stuttgart 12 zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen werden, weil anderswo ein ganzes Werk zugemacht wurde, dann kann das niemanden freuen.

Wissenschaftliche Untersuchungen haben ergeben, daß es bei Arbeitnehmern verschiedene Erklärungsmuster für die Arbeitslosigkeit gibt. Nach wie vor findet sich vielfach auch die Erklärung, daß es eigentlich gar keine „echte“ Arbeitslosigkeit gebe, und daß die existierende Arbeitslosigkeit weitgehend selbstverschuldet sei. Stimmt es mit Deinen Erfahrungen überein, daß es solche Erklärungsansätze immer noch gibt?

Hier hat nach meinen Erfahrungen ein ganz radikaler Wechsel in der Denkweise vieler Menschen eingesetzt. Die Kollegen im Betrieb denken mehrheitlich ganz sicher nicht mehr so. Diese Art von Diffamierung konnte so lange betrieben werden, wie nicht jeder eine eigene Anschauung vom Schicksal Arbeitslosigkeit hatte. Jeder kennt heute Fälle, in denen Arbeitnehmer, die arbeiten wollten, arbeitslos wurden. Ich nenne für uns hier nur noch einmal das in der Nähe gelegene Kreidler-Werk. Dort gab es, wie anderswo auch, viele, die dort 20 und 25 Jahre gearbeitet hatten, und von einem auf den anderen Tag arbeitslos wurden. Ich glaube, daß die erdrückende Mehrheit der Kollegen nie mehr auf Argumentationen hereinfällt, die davon ausgehen, daß 2½ Millionen nur deshalb keine Arbeit haben, weil sie selber schuld daran sind.

Gibt es denn nach Deiner Kenntnis andere weit verbreitete Erklärungsmuster für die Gründe von Arbeitslosigkeit?

Nicht jeder Arbeitnehmer verfügt über die Informationen, über die man als Betriebsrat und als Gewerkschafter verfügt. Ich glaube aber, daß die Mehrzahl der Kollegen weiß, daß die Politik der Unternehmen, mit weniger Leuten mehr zu produzieren, spürbare Folgen für die Arbeitsplätze hat. Die Kollegen bekommen durchaus mit, wenn eine Firma ihre Umsätze steigert, obwohl die Zahl der Beschäftigten um viele Tausende zurückgeht. In diesem Unternehmen ist zum Beispiel im Laufe von 10 Jahren jeder vierte Arbeitsplatz wegrationalisiert worden. Das bekommt natürlich auch jeder Kollege mit, der in einer Abteilung arbeitet, in der sogenannte Handhabungsautomaten installiert werden, die menschliche Arbeit ersetzen. Das Wort „Handhabungsautomaten“, das offiziell gebraucht wird, verniedlicht mir zu sehr. Es geht um Roboter - und was das ist, verstehen die Kollegen auch viel besser. Wenn zwei solcher Roboter, die zusammen 300000 DM kosten, sechs Arbeitsplätze ersetzen, dann bleibt das natürlich nicht ohne Einfluß auf das Denken und die Einsichten der Kollegen. Die Versetzung desjenigen, der bisher an einem solchen Arbeitsplatz gearbeitet hat - Kündigungen haben wir bisher verhindern können -, ist für den einzelnen oft durchaus unangenehm spürbar. Und ebenso merken die, die dann einen solchen versetzten Kollegen aufnehmen müssen, daß etwas geschehen ist. Und unsere Kollegen wissen auch, daß die Erträge des Unternehmens im Sinne der Aktionäre stimmen.

Wie sicher fühlen sich denn die Kollegen hier vor sie unmittelbar betreffender Arbeitslosigkeit?

Die Kollegen hier im Raum Stuttgart fühlen sich wahrscheinlich etwas sicherer als Kollegen in anderen Regionen. Aber das Gefühl, daß der Arbeitsplatz nie in Gefahr sein könnte, gibt es nicht mehr, auch nicht bei Angestellten. Ich kenne kaum noch Leute, die davon ausgehen, daß ihr Arbeitsplatz bis ins nächste Jahrzehnt gesichert ist. Ich werde vielmehr als Betriebsrat oft gefragt, wie sicher dieser oder jener Arbeitsplatz sei. Auch dort, wo Arbeitsplätze durchaus auf mittlere Sicht gesichert sind, setzen schon Zweifel und Fragen ein. Es ist nicht in jedem Falle Angst; aber Unsicherheit ist es ganz bestimmt.

Ist das, was Du schilderst, eigentlich eine günstige Voraussetzung für gewerkschaftliche Arbeit oder Aktivierung, oder läßt diese Unsicherheit die Kollegen doch eher zu individuelleren Überlegungen kommen?

Das kann man nicht verallgemeinern. Ich stelle fest, daß die Kollegen über die Gewerkschaften nicht negativer denken als in den vergangenen Jahren. Ich

glaube sogar eher, daß anerkannt wird, daß die Gewerkschaften alles tun, um die Vernichtung von Arbeitsplätzen zu verhindern. Ich glaube, daß Angestellte nach wie vor eher eine individualistischere Einschätzung der Lage haben. Das muß allerdings nicht unbedingt zu einer Ablehnung der Gewerkschaften führen. Ich kenne Angestellte, die sagen, sie seien nicht gegen die Gewerkschaften, die aber persönlich den Schritt zu den Gewerkschaften nicht vollziehen wollen. Eine scharfe Anti-Gewerkschaftshaltung ist mir eigentlich nicht bekannt - wenn man von extremen Ausnahmefällen einmal absieht.

Versuchen eigentlich die Unternehmer nach Deiner Einschätzung, die Krisensituation im Hinblick auf gewerkschaftliche Arbeit, gewerkschaftliches Bewußtsein in ihrem Sinne zu nutzen?

Die Arbeitgeber sind die Verursacher von Arbeitslosigkeit. Ich spüre schon - das ist von Betrieb zu Betrieb unterschiedlich -, daß die Arbeitgeber die Arbeitslosigkeit auszunutzen versuchen, um - mehr oder weniger eindeutig - Druck auf Arbeitnehmer und Arbeitnehmervertreter auszuüben. Darin dürfte sich die Region Stuttgart nur graduell von anderen Regionen unterscheiden.

Kannst Du das noch etwas konkretisieren?

Ja, das kann ich. Während es Anfang und Mitte der siebziger Jahre für Betriebsräte sehr häufig möglich war, über das hinaus, was durch Tarifvertrag abgesichert war, zusätzliche Konditionen für die Kollegen im Betrieb zu vereinbaren, ist das nun fast völlig verschwunden. Bei neuen Verhandlungen wird dazu übergegangen, den Hinweis auf die Arbeitslosigkeit einfließen zu lassen. Es wird von Unternehmerseite wieder mehr oder weniger versteckt gedroht. Auch dazu ein praktisches Beispiel: Wenn eine 56jährige Angestellte, deren Arbeitsplatz in Gefahr ist, der aber nicht gekündigt werden kann, weil sie in der Alterssicherung ist, gefragt wird, ob sie sich nicht am Schwarzen Brett nach einem Arbeitsplatz umsehen könne, dann deutet das schon auf die geänderten Vorzeichen hin. Ich will hier anmerken, daß der 1973 erstreikte Kündigungsschutz für ältere Arbeitnehmer erst jetzt seine große Schutzfunktion erweist. Wenn es dann aber nicht bei dem Hinweis auf das Schwarze Brett bleibt, sondern nachgeschoben wird, daß es auch noch eine Menge handwerklicher Arbeiten gäbe, dann ist das für mich sehr gravierend. Das ist ein kleines Beispiel, an dem klar wird, daß bestimmte Leute wieder glauben, mit den Beschäftigten in einer ganz bestimmten Art und Weise umgehen zu können. Für mich und meine Kollegen im Betriebsrat bedeutet das natürlich, daß dieser Fall geregelt und abgestellt wird. Der „Leitende Angestellte“, der so handelt, muß eben an den Pranger gestellt werden. Aus solchen Mosaiksteinchen setzt sich die veränderte Situation zusammen. Sie kommt nicht mit einem Keulenschlag,

so daß es heißt: Morgen früh gibt es eine andere Politik. Die Veränderungen werden sehr subtil vollzogen und sind gar nicht immer unmittelbar spürbar.

Eine Frage nach einem „Phänomen“ im Hinblick auf das gewerkschaftliche und politische Verhalten der baden-württembergischen Arbeitnehmer: Es hat Erstaunen hervorgerufen, daß sie-wenn man es einmal allgemein formulieren will - gewerkschaftlich gut organisiert sind, kampfbereit, streikbereit und selbstbewußt sind, daß viele von ihnen offenbar gleichzeitig bei ihrer Wahlentscheidung eine eher konservative Priorität setzen. Kannst Du dazu etwas Erklärendes sagen?

Das, was da widersprüchlich erscheint, muß nicht unbedingt ein Widerspruch sein, wenn man weiß, aus welchen Strukturen die Beschäftigten insbesondere hier in Süddeutschland kommen. In den Städten im Westen Deutschlands, in Dortmund oder in Duisburg, haben die Arbeiter andere politische Erfahrungen gemacht als die Arbeiter im süddeutschen Bereich, die etwa in Klein- und Mittelbetrieben in ländlichen Gegenden arbeiten. Es kommt etwas hinzu: Ich weiß nicht, ob es der SPD hier - der ich angehöre und mit der ich mich identifiziere - immer gelungen ist, sich den Kollegen verständlich zu machen, obwohl sie gerade hier in Baden-Württemberg weitreichende Gedanken angestellt hat. Vielleicht haben wir damit viele Kollegen überfordert. Es kommen noch andere Faktoren hinzu. Ich will erwähnen, daß in ganz Baden-Württemberg, so weit ich weiß, nur ein einziger Landrat der SPD angehört. Alle Positionen in den Verwaltungsbereichen, wie Bürgermeister, Landräte, Schulräte usw. sind fast ausschließlich in der Hand der CDU. Und damit wird Politik betrieben. Dennoch ist es gelungen, trotz des konservativen Wahlverhaltens, die gewerkschaftlichen Strukturen zu politisieren. Die Gewerkschafter in Baden-Württemberg sind sehr bewußte und politische Funktionäre.

In der Frühzeit der Arbeiterbewegung gab es die Auffassung, daß das gewerkschaftliche Engagement den Arbeiter sozusagen automatisch zu einer entsprechenden politischen Auffassung und zu einem entsprechenden Wahlverhalten führen würde. Siehst Du daran für heute etwas Wahres? Oder ist es eher schädlich, wenn man als Gewerkschafter parteipolitische Positionen mit-schwingen läßt?

Ich glaube, man muß es eher umgekehrt sehen. Man sollte fragen, warum es so gekommen ist. Traditionell war doch die SPD im Bewußtsein der Arbeitnehmer ein Teil der Arbeiterbewegung. Das hat sich im Laufe der Zeit geändert und ist inzwischen zu großen Teilen verschwunden. Das heißt auch, daß die Gewerkschaften in der SPD nicht mehr den Einfluß haben, den sie noch vor Jahren und insbesondere vor 1933 hatten. Nachdem man nach 1945 hingenom-

men und geduldet hat, daß etwa Arbeiterspörtvereine und ähnliche Vereinigungen aufhörten zu existieren, stellt man heute fest, daß gerade in diesem Bereich von vielen ein Mangel empfunden wird. Dabei mögen auch nostalgische Gefühle eine Rolle spielen. Daß sozialdemokratische Ortsvereine wieder ihre Geschichte schreiben, wäre vor 15 Jahren noch undenkbar gewesen. Die Entkoppelung von Partei und Gewerkschaften geht nach meiner Auffassung mehr auf die SPD zurück, die ihren Weg zur Volkspartei gegangen ist, als auf die Gewerkschaften. Wenn eine Arbeitsgemeinschaft, wie die des Mittelstandes, der selbstverständlich ehrenwerte Leute angehören, auf Kreisparteitagen ein ähnliches Gewicht bekommt wie die Gewerkschaften, dann dokumentieren sich daran Entwicklungen, die nicht ohne Wirkungen auf die Arbeitnehmer bleiben. Mit der Einheit von Partei und Gewerkschaften ist es vorbei. Das schlägt sich auch im Wahlverhalten nieder.

Da hat also die SPD nach Deiner Auffassung ihrerseits eine falsche interne „Strukturpolitik“ gemacht?

Das ist meine Meinung. Ich habe den Eindruck, daß man das im Moment erst in Teilen der Partei erkennt.

Ist es nicht vielleicht auch so, daß viele sich sagen, daß es bisher in Baden-Württemberg ganz gut gegangen sei und sie einen Wechsel von daher gar nicht für nötig halten und befürworten?

Das spielt eine Rolle. Viele sagen sich, daß es bisher im Vergleich ganz gut gegangen ist. Und von daher ist ein Wechsel nicht programmiert. So etwas stellt man ja - umgekehrt - in Hessen und Hamburg ebenfalls fest. Dort, wo eine Partei an der Regierung ist und nicht vollkommen daneben liegt, hat sie eine bessere Ausgangsposition als die jeweilige Opposition.

Noch einmal zurück zum Thema Arbeitslosigkeit und den Möglichkeiten ihrer Bekämpfung. Siehst Du hier im Betrieb eine Bereitschaft der Kollegen zu praktischer Solidarität mit den Arbeitslosen?

Eine solche Frage hört sich sehr theoretisch an. Deshalb ist sie schwierig zu beantworten. Ich glaube schon, daß die Arbeitnehmer hier wollen, daß alle diejenigen, die arbeiten möchten, auch Arbeit bekommen. Praktische Hilfe kann man allerdings nur im Einzelfall sofort wirksam leisten. Wenn man es aus gewerkschaftlicher Sicht sieht, dann bin ich der Meinung, daß die Kollegen bereit sind, alles zu unterstützen, was dazu beiträgt, die Arbeitslosigkeit abzubauen. Für mich ist es ganz logisch, daß es, wenn es darum geht zu ermitteln, welche Form der Arbeitszeitverkürzung - Lebensarbeitszeit, Jahresurlaub,

wöchentliche Arbeitszeit - die wirkungsvollste ist, zu Diskussionen kommt. Und über die Lebensarbeitszeit wird deshalb oft vorrangig diskutiert, weil sie am ehesten greifbar und verständlich ist. Es ist eben gut vorstellbar, daß, wenn 150 ältere Kollegen ausscheiden, diese Stellen neu besetzt werden. Bei der Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit sind immer noch Fragen offen, die die Kollegen diskutieren. Aber die Erkenntnis, daß die Wochenarbeitszeit verkürzt werden muß, ist inzwischen nicht mehr nur Funktionärsmeinung, sondern ist auch die Auffassung der meisten Kollegen in den Betrieben. Umstritten ist in diesem Zusammenhang allerdings nach wie vor die Frage, ob eine solche Arbeitszeitverkürzung über Rationalisierungen zumindest zum Teil auf dem Rücken derer, die im Betrieb arbeiten, ausgetragen wird. Ich glaube, daß die Kollegen erwarten, daß in dieser außerordentlich wichtigen Frage entsprechende tarifvertragliche Regelungen vorgesehen werden, damit es so weit nicht kommen kann. Ich glaube, daß die öffentliche Diskussion über die 35-1 Stunden-Woche, wie sie uns jetzt aufgezwungen werden soll, bei den Kollegen nun nicht mehr verfängt. Ich will wiederum ein betriebliches Beispiel dafür anführen, daß die Solidarität durchaus gegeben ist: Wir haben in den letzten Jahren, insbesondere seit 1977, durch eine rigorose Beschränkung der Mehrarbeit in diesem Betrieb etwa 100 neue Arbeitsplätze geschaffen. Als wir begonnen haben, die Überstunden abzubauen, haben wir festgestellt, daß wir überall dort, wo wir mit den Kollegen gesprochen haben, auf Verständnis gestoßen sind. Wir haben im Montagebereich eine Betriebsvereinbarung abgeschlossen, die vorsieht, Überstunden nur durch Freizeit auszugleichen, und sind dabei auf keinen nennenswerten Widerstand gestoßen. Überall, wo wir diese Fragen ausführlich erörtert haben, hat es übergroße Mehrheiten für den Betriebsrat gegeben. Und wenn es im Fall der Überstunden so war, kann ich mir nicht vorstellen, daß es in der Frage der 35-Stunden-Woche anders sein sollte. Probleme liegen eher da, wo es um den vollen Lohnausgleich geht oder darum, ob die Arbeitszeitverkürzung eventuell durch Rationalisierungen aufgefangen wird oder werden kann.

Viele Gewerkschafter gehen davon aus, daß der Kampf um die 35-Stunden-Woche eine der zentralen Auseinandersetzungen der Nachkriegszeit werden wird. Siehst Du das auch so? Und wie siehst Du die Erfolgsaussichten für die Gewerkschaften?

Ich sehe, daß es den Arbeitgebern neben der Arbeitszeitverkürzung noch um etwas ganz anderes zu tun ist: Sie erklären ganz offen, daß es ihnen um eine gesellschaftspolitische Auseinandersetzung geht. Das heißt, wenn es den Gewerkschaften gelingt, die wöchentliche Arbeitszeit zu verkürzen, dann erkennen die Arbeitgeber darin einen Machtverlust für sich. Die Arbeitgeber leben mit den Arbeitslosen bisher sehr gut, weil sie die Arbeitslosen gegen die

ausspielen können, die Arbeit haben. Sie nutzen das durchaus, um bei Verhandlungen auf die Arbeitslosigkeit hinzuweisen und damit psychologisch zu arbeiten. Bei einem Abbau der Arbeitslosigkeit infolge einer Verkürzung der Wochenarbeitszeit würde diese Machtvariante für die Arbeitgeber entfallen. Ich bin der festen Überzeugung, daß die IG Metall diese Auseinandersetzung angehen wird, und daß sie sich dabei auch durchsetzen wird. Ich glaube auch, daß die Arbeitnehmer spüren, daß hier etwas auf uns zukommt, das die bisherigen Tarifverhandlungen in den Schatten stellen wird. Wir als Betriebsfunktionäre müssen die betrieblichen Strukturen in die Forderungen mit einbeziehen, das heißt, wir müssen den Kollegen sagen, was speziell in ihrem Betrieb passiert, was zu erwarten ist. Das macht das Verständnis bei den Kollegen größer. Wenn man den Kollegen etwa sagen kann, daß die Geschäftsleitung schon jetzt ankündigt, im nächsten Jahr Arbeitsplätze zu reduzieren, wenn man den Kollegen vor Augen führt, daß alle Mittel, die die Manager bisher angewandt haben - oder besser gesagt, nicht angewandt haben - nicht zu mehr Arbeitsplätzen sondern zu Arbeitsplatzverlust geführt haben, dann wird die Alternative, die wir zu bieten haben, schon klar. Festzuhalten bleibt, daß weder Manager noch Politiker in der Lage waren oder sind, die Arbeitslosigkeit abzubauen. Daraus kann man schließen, daß unsere Wege die erfolgverheißenden sind.

Du sprichst von einer Machtprobe zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften und davon, daß die Arbeitgeber versuchen, die Gewerkschaften in die Knie zu zwingen. Glaubst Du, daß sie sich davon, wenn es gelingen sollte, neben einem kurzfristigen Effekt wirklich einen langfristigen Erfolg versprechen können, wenn sie davon ausgehen müssen, daß geschwächte Gewerkschaften, Massenarbeitslosigkeit usw. zusammenkommen? Kann es das sein, was Unternehmer erreichen wollen? Kann ihnen das nutzen? Wie siehst Du das, der Du häufig mit Arbeitgebern oder ihren Vertretern zu tun hast? Was sind Arbeitgeber bereit zu leisten, um die Arbeitslosigkeit abzubauen?

Sie beteuern zwar auch, daß sie Arbeitslosigkeit abbauen wollen. Die Antwort auf die Frage aber, welche Mittel sie dafür einsetzen wollen, sind sie bisher, soweit ich sehe, schuldig geblieben. Ich habe immer wieder festgestellt, daß sie vor allem defensiv argumentieren, indem sie etwa sagen, daß abgebaut werden müsse, um andere Betriebsteile zu erhalten. Auf konzeptionelle Vorschläge, die über betriebswirtschaftliche Sparvorstellungen hinausgehen, bin ich bisher noch nicht gestoßen. Ich kenne auch kein Modell, bei dem irgendein Unternehmer sich einmal dafür entschieden hätte, dem Trend entgegenzusteuern. Die defensive Haltung überwiegt, manchmal hat man das Gefühl, die Unternehmer entwickelten eine Art Pokermentalität, indem sie sagen: Wir wollen ja nicht, aber wir können nicht anders. Bei der Antwort auf die Frage, was sich

die Arbeitgeber von der Arbeitslosigkeit versprechen, muß man differenzieren. Es gibt sicherlich einen Flügel, der brutal durchziehen will - gleichgültig, welche gesellschaftspolitischen Folgen das nach sich zieht. Und es gibt sicherlich solche, die schon erkennen, daß auch Schaden für sie drohen könnte, wenn sich gewisse gesellschaftspolitische Konsequenzen ergeben. Aber bei allen habe ich das Gefühl, daß sie bei der Größenordnung von Arbeitslosigkeit, wie wir sie jetzt erreicht haben, noch keine Gefahren für sich sehen. Die Mehrheit scheint nach wie vor die Arbeitslosigkeit noch als Instrument für ihre Politik anzusehen.

Noch eine Frage zu den Auswirkungen der Krise: Viele werden besonders hart betroffen, so die Stahlarbeiter, Werftarbeiter, die meisten gehören auch der IG Metall an. Viele kämpfen ums Überleben. Viele Kollegen sind womöglich auch bereit, dann, wenn es wirklich um die Existenz geht, in ihren Zugeständnissen an Arbeitgeber und Staat sehr weit zu gehen. Und vielleicht fordern sie dann nicht nur Subventionen sondern auch Solidarbeiträge von denen, denen es besser geht. Wie kann die Solidarität in einer Gewerkschaft wie der IG Metall auf Dauer solche Entwicklungen aushalten?

Die Kollegen vom Stahl und von den Werften haben Anspruch auf Solidarität. Das, was dort passiert, ist für eine Organisation wie die IG Metall eine schwere Belastungsprobe. Was zur Zeit bei Arbed-Saarstahl mit den Kürzungen von Leistungen an Arbeitnehmer geschieht, halte ich überhaupt nicht für eine Lösung. Wer das als Lösungsansatz angibt, der sagt die Unwahrheit. Dort werden die Stahlindustrie und die Kollegen in ihrer Not dazu benutzt, anderen aufzuzeigen, was alles möglich ist. Wenn sich eine solche Entwicklung über einen größeren Bereich fortsetzen würde, dann würde das zu einer wirklichen Belastung für die Organisation werden. Ich habe menschliches Verständnis für solche Kollegen, die wegen ihrer Arbeitsplätze sozusagen unter Dauerbeschuß stehen. Und ich kann mir schon vorstellen, was es für einen Menschen bedeutet, morgens aufzuwachen und nicht zu wissen, ob er betroffen ist oder nicht. In einer solchen Situation sieht man manches anders. Aber das, was jetzt gemacht wird, ist weder für Arbed-Saarstahl noch darüber hinaus eine Lösung. Aber es ist ja auch nicht Arbed gemeint. Das, was die Bundesregierung, was insbesondere der Bundeswirtschaftsminister und auch der Ministerpräsident des Saarlandes hier vorführen, ist ein Skandal. Daß ein Landesvater, so lassen sie sich ja gerne titulieren, sich dazu hergibt, erworbene Rechte zu beschneiden, obwohl klar ist, daß das nichts zur Lösung beiträgt, ist schwer zu verstehen. Es geht eben um die Disziplinierung der Arbeitnehmer. Und eine solche Politik dient letztlich der Machterweiterung für Unternehmer.